

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt

am 09.12.2009

im Ratssaal

Anwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsherr Ingo Diller	SPD	
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Horst Eick	SPD	Vertreter für Herrn Harald Metzger
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsherr Stefan Hoffmann	SPD	
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lühns	CDU	
Ratsfrau Kirsten Petereit	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers	DIE LINKE	ab 17:22 Uhr
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	
Herr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Guntram Behle	Lüdenscheider	
Liste		
Herr Rüdiger Wilde	CDU	

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Hans-Jürgen Badziura
Frau Martina Baumast
Herr Lars Bursian
Frau Dagmar Däumer

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Sager	CDU
Herr Harald Metzger	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU
----------------------	-----

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:42 Uhr

**1. Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin
Vorlage: 236/2009**

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Zur Aufnahme der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt wird Frau Birgit Stoltefaut als Schriftführerin und Frau Ulrike Spindler als stellvertretende Schriftführerin bestellt.

Frau Birgit Stoltefaut nimmt die Wahl auf Nachfrage von Vorsitzendem Pietzner an.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgern

Vorsitzender Pietzner liest den sachkundigen Bürgern Herrn Jürgen Appelt und Herrn Rüdiger Wilde die Verpflichtungsformel vor. Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und die Herren Jürgen Appelt und Rüdiger Wilde wiederholen die Verpflichtungsformel.

3. Öffentliche Fragestunde

E n t f ä l l t

4. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

4.1. Mobilfunkmast Pöppelsheim

Einleitend führt Herr Bärwolf aus, dass ein Bauantrag des Mobilfunkanbieters O2 für die Errichtung eines Mobilfunkmasten in Pöppelsheim vorliege. Eine Baugenehmigung sei bisher nicht erteilt worden.

Herr Bursian trägt anhand der in der **Anlage** beigefügten PowerPoint-Präsentation die Prüfergebnisse für die Ausweisung von Wohnbauflächen vor. Abschließend stellt er fest, dass eine kleinere Wohnbebauung mit ca. 20 – 30 Wohneinheiten auch im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes als realistisch angesehen werden könne. Diese verhindere jedoch nicht die Baugenehmigung des Mobilfunkmasten.

Herr Bärwolf ergänzt, dass die vorgestellte Alternative mit ca. 60 – 70 Wohneinheiten seitens der Erschließungsmöglichkeiten zwar denkbar sei, jedoch topografisch nicht wirtschaftlich sowie auch nicht rechtlich umsetzbar sei.

Auf Nachfrage der Anwohnerin Frau Schulze antwortet Herr Badziura, dass die Stadt Lüdenscheid keine rechtliche Prüfung vornehmen könne, um festzustellen, ob tatsächlich eine Versorgungslücke bestehe. Herr Bärwolf ergänzt, dass die Mobilfunkbetreiber Grenzwerte einhalten und entsprechende Nachweise über die Erfüllung ihrer Versorgungsaufträge führen müssten.

Herr Bärwolf antwortet auf die Frage, warum eine Ablehnung an diesem Standort nicht möglich sei, dass die Stadt Lüdenscheid nur im Rahmen von Recht und Gesetz entscheiden könne. Das Baugesetzbuch gelte bundesweit und der vorliegende Sachverhalt sei nach den Vorschriften des § 35 des Baugesetzbuches (Außenbereich) zu entscheiden. An der Entscheidungsfindung seien verschiedene Behörden beteiligt. Auch liege nach der derzeitigen Rechtsprechung keine Wertminderung der vorhandenen Wohnbebauung vor.

Abschließend fasst Vorsitzender Pietzner zusammen, dass trotz des vielseitigen und großen Engagements sowohl seitens der politischen Vertreter als auch der Verwaltung es bisher keine Anzeichen gebe, dass Herr Baron von dem Bussche-Kessell von diesem Bauvorhaben absehen wolle. Er bittet die Presse, einen entsprechenden öffentlichen Appell auszusprechen.

4.2. Einzelhandelsgutachten der Firma Berlet

Vorsitzender Pietzner begrüßt Frau Schwarz und Herrn Schürmann von der Firma Schwarz und Born, Herrn Berlet sen. als Einzelhandelsunternehmer und Herrn Föhler vom Büro Stadt + Handel als Gutachter.

Herr Bärwolf stellt einleitend den bisherigen Sachstand bezüglich der Erweiterungsabsichten des Elektronikfachmarktes Berlet dar. Er bittet Herrn Föhler um Erläuterung der Untersuchungsergebnisse des Einzelhandelsgutachtens zur geplanten Erweiterung der Verkaufsfläche von derzeit ca. 2.300 qm auf 4.000 qm.

Herr Föhler stellt anhand der in der **Anlage** beigefügten PowerPoint-Präsentation die Vorgehensweise bei der Erstellung der Verträglichkeitsanalyse sowie deren Ergebnisse dar. Abschließend stellt er fest, dass die angestrebte Erweiterung der Verkaufsfläche - davon sollen maximal 2.500 qm zentrenrelevante Sortimente sein - in den Sortimentsbereichen Unterhaltungselektronik und Elektrokleingeräte angemessen erscheine. Lediglich im Sortimentsbereich Elektrogroßgeräte könne eine Erweiterung auf 750 qm nur eingeschränkt empfohlen werden. Jedoch seien auch hier städtebaulich negative Auswirkungen nicht zu erwarten.

Herr Bärwolf ergänzt, dass in persönlichen Gesprächen mit Herrn Berlet hierzu Einvernehmen erzielt werden konnte. Zudem könne durch diese Erweiterung erreicht werden, dass die Firma Berlet am Standort Lüdenscheid gehalten werde. Er schlägt daher vor, die einge-

schränkte Empfehlung des Gutachterbüros Stadt + Handel in das Bebauungsplanverfahren aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Diller ergänzt Herr Berlet sen., dass durch die Erweiterung der Verkaufsfläche ca. 15 Arbeitsplätze geschaffen würden.

Die Ausschussmitglieder nehmen einstimmig zustimmend Kenntnis.

**5. 87. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 775 "Bahnhof Brügge"; hier: Einleitungsbeschluss, Auslegungsbeschluss
Vorlage: 199/2009**

Auf Nachfrage von Herrn Behle erläutert Herr Bärwolf, dass derzeit nicht absehbar sei, welcher Lebensmitteleinzelhandel sich dort ansiedeln werde, da die Ausschreibung noch nicht abgelaufen sei. Es werde in jedem Fall ein Vollsortimenter sein und keinesfalls ein Discounter. Bezüglich des Discounters in der Ahelle hätten die Rahmenbedingungen nicht erfüllt werden können, so dass dieses Vorhaben nicht weiter verfolgt werde.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

I

Gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 des Baugesetzbuches (BauGB) soll die 87. Änderung des Flächennutzungsplanes eingeleitet werden. Der Geltungsbereich der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes ist nachstehend abgebildet.

II

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist der Entwurf der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst beigefügter Begründung einschließlich des Umweltberichts für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	./.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Gestaltung der Firma Vodafone, Wilhelmstraße 11 - 13, als Musterbeispiel

Frau Däumer stellt anhand der in der **Anlage** beigefügten PowerPoint-Präsentation die Entwicklung der Gestaltung der Fassade des Gebäudes Wilhelmstraße 13 – 15 vor. In Gesprächen mit der Firma Vodafone sei es gelungen, die Gestaltung mit den architektonischen Zielen der Stadt Lüdenscheid in Einklang zu bringen. Baubeginn für die Umgestaltung sei ca. Januar 2010. Seitens der Firma Vodafone habe es in den Gesprächen eine sehr große Kooperationsbereitschaft gegeben, die es auch der Verwaltung sehr erleichtert habe, einen Konsens zu finden.

Frau Däumer führt aus, dass die derzeit gültige Gestaltungssatzung überarbeitet werden solle. In diesem Zusammenhang könne dann eine Gestaltungsfibel erstellt werden, die einen Umfang von ca. 40 – 50 Seiten bekommen solle. Diese solle Gestaltungsbeispiele enthalten, um den Bauherren verschiedene Alternativen aufzuzeigen. Auf Nachfrage von Ratsherrn Diller antwortet Herr Bärwolf, dass geplant sei, im Frühjahr 2010 bereits die ersten Entwürfe in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt vorzustellen.

Ratsherr Lührs fragt in diesem Zusammenhang, ob es möglich sei, die doch sehr grelle Werbeanlage des neuen Imbisses am Graf-Engelbert-Platz zu verändern. Herr Bärwolf antwortet, dass die Werbeanlage formal den derzeitigen Anforderungen der Gestaltungssatzung genüge. Es könne seitens der Verwaltung lediglich ein Appell dahingehend an den Eigentümer gerichtet werden, dass eine weniger grelle Werbeanlage ansprechender sei. Auch dieser Fall sei ein Beispiel für das Erfordernis, die derzeit gültige Gestaltungssatzung zu überarbeiten.

Vorsitzender Pietzner dankt der Verwaltung für den erfolgreichen Einsatz bei der Umgestaltung des Gebäudes Wilhelmstraße 11 – 13. Ratsherr Fröhling schließt sich dem Dank an.

Die Ausschussmitglieder nehmen einstimmig zustimmend Kenntnis.

6.1.2. Klimaschutzkonzept für die Stadt Lüdenscheid, hier: Sachstand und weitere Vorgehensweise

Herr Badziura informiert, dass Herr Hübner von der Firma GERTEC in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt im Januar 2010 die weitere Herangehensweise zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Lüdenscheid vorstellen werde. Derzeit erfolge durch die Firma bereits eine CO₂-Bilanzenerhebung. Um der Firma die Einbindung der politischen Vertreter in ihre Arbeit zu erleichtern, bittet Herr Badziura, dass jeweils ein Ansprechpartner je Fraktion benannt werde.

Auf Anregung von Ratsherrn Lührs sagt Herr Badziura zu, dass er eine zusammenfassende, schriftliche Ausführung des Vortrages von Herrn Hübner den Ausschussmitgliedern bereits vor der Sitzung zukommen lassen werde.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

6.2. Beantwortung von Anfragen

E n f ä l l t

6.3. Anfragen

6.3.1. Sachstand der Beantwortung der Anfragen aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 30.09.2009

Ratsherr Voß fragt an, wann mit einer Beantwortung seiner zwei Anfragen in der öffentlichen Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr zu rechnen sei.

Herr Bärwolf antwortet, dass diese noch in Bearbeitung seien. Er erhalte umgehend eine schriftliche Beantwortung, sobald diese vorliege.

Ratsherr Voß bedankt sich für die Information.

gez. Pietzner
Vorsitzender

gez. Stoltefaut
Schriftführerin